

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 200 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M. In Pommerellen 8000 M. Anzeigen: Die-ge-spaltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklamzeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Drucksaßen 3290.

Nr. 103

Freitag, den 4. Mai 1923

14. Jahrg.

## Das Auslandsecho der deutschen Note.

Ablehnung durch Poincaré. — Soucheur für Verhandlungen.

Ueber den gestrigen Ministerrat in Paris wurde festgelegter amtlicher Bericht herausgegeben: Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand zusammengetreten. Der Ministerpräsident hat das Schreiben zur Kenntnis gebracht, das er von dem deutschen Geschäftsrat erhalten hat. Der Ministerrat war einmütig der Ansicht, daß die Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien, und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen und wegen des Mangels an Garantien, als auch wegen der Unzulänglichkeit der angebotenen Ziffern. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Absendung einer Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Alliierten verständigen.

Savas berichtet, daß die von Poincaré entworfene Antwort auf die deutsche Note Donnerstag abend der belgischen Regierung nach Brüssel überbracht wurde. Das Dokument präzisiert in ziemlich detaillierter Weise die Gründe, weshalb die Vorschläge des Deutschen Reiches von der französischen Regierung als unannehmbar betrachtet werden. Die belgische Regierung werde morgen bekanntgeben, in welcher Form sie die deutsche Mitteilung beantworten werde. Die französische Regierung ihrerseits werde morgen den Text ihrer Antwort in London und Rom mitteilen lassen. Die Note an die deutsche Regierung werde Freitag abend, wahrscheinlich aber erst Sonnabend vormittag überreicht.

Die Pariser Presse war schon vor der Kenntnis der Note mit ihrem Urteil fertig, daß auf „unannehmbar“ lautete. In diesem Sinne sind auch die Kommentare der Note gehalten. Die sozialistischen Organe halten die Vorschläge zwar für ungenügend, aber sehen sie als Grundlage für Verhandlungen an. Von den bürgerlichen Blättern nimmt das hochverehrte „Petit Journal“ einen verächtlichen Standpunkt ein. Das Blatt wünscht, daß die deutschen Reparationsangebote, wenn auch nicht die Grundlage, so doch den Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit Deutschland bilden sollen. Man dürfe Deutschland nicht in dem Gedanken bestärken, daß Frankreich alle seine Angebote systematisch ablehne, ohne sie vorher zu prüfen. Die Frage der Reparationen und des Friedens seien zu ernste Dinge, um nicht auch ernst behandelt zu werden. Wenn man glaube, daß Deutschland nicht die richtigen Mittel vorschlage, so müsse Frankreich den Weg zum Frieden ebnen, indem es in klarer Weise ausspreche, was es zu tun habe. Deutschland vermehre seine Zahlungsfähigkeit, wenn die deutsche Währung stabilisiert wäre und die deutschen Finanzen kontrolliert würden. Deutschland solle weniger Sachverständige als Zeichner für seine Anteile suchen. In der Frage der Garantien spreche sich die deutsche Note klar genug aus, aber man müsse feststellen, daß sie die Garantien nicht im voraus festgelegt habe, daß daher Deutschland sie auch nicht ablehne. In diesen Punkten wäre eine Besprechung möglich, sobald die Grundlage für Verhandlungen vorhanden sei. Man wisse in Paris, daß man sich in Berlin immer mehr an den Gedanken gewöhne, daß eine internationale Kontrolle der deutschen Garantien für die Alliierten, insbesondere der Andurthypothek, erforderlich müsse. In der Sicherheitsfrage wolle Deutschland keine ausreichenden Garantien an. Man müsse wenigstens die Entmilitarisierung des ganzen Rheinlandes unter internationaler Kontrolle fordern. Die 30 Milliarden für Reparationszahlungen seien selbstverständlich unzureichend. Über alle Zahlen könnten eine Grundlage für Verhandlungen bilden. Bei allen Verhandlungen werde gehandelt, und man solle keine Enttäuschungen ausstoßen, wenn Deutschland zu Beginn der Verhandlungen eine Summe anbot, die es selbst nicht als genügend betrachtete würde. Das „Petit Journal“ schließt mit dem Wunsch, daß ein Einverständnis unter allen Alliierten zustandekommen möge, das auch auf Deutschland sofortige Rückwirkung haben werde.

Soucheur wurde vor einiger Zeit als der kommende Mann in Frankreich bezeichnet. Er gilt auch als politischer Freund des Präsidenten Millerand. Es ist immerhin ein Hoffnungsstrahl, daß inmitten des hysterischen Getöse der Nationalistenpreche, durch eine so gewichtige Stimme wie das „Petit Journal“ sich in einem so vernünftigen Sinne zu äußern wagt.

## Abwartende Haltung in Belgien und England.

Soweit belgische Pressestimmen vorliegen, sind sie ebenfalls ablehnend, doch anscheinend nicht in dem gleichen Maße wie die Pariser. Nach der „Coiffe Belge“ sollten die deutschen Vorschläge in amtlichen Kreisen Enttäuschung hervorgerufen haben. Von einer Ablehnung jeglicher Verhandlungen scheint man dort noch nicht zu sprechen. Die in französischer Sprache in Antwerpen erscheinende Handelszeitung „Repture“ will wissen, daß die belgische und die französische Regierung sich zunächst verständigen werden, um auf die deutsche Note Punkt für Punkt zu antworten. In Paris hat diese Mitteilung des „Repture“ bereits ein-

ges Unbehagen hervorgerufen, da eine solche eingehende Beantwortung die Besatzungsmächte zwingen würde, endlich zu sagen, wie sie sich selbst die Regelung der Reparationsfrage und die weitere Entwicklung der Dinge vorstellen. Das ist es aber gerade, was man in Paris so sorgfältig vermeiden möchte.

Die englische Presse nimmt ausführlich zu der deutschen Note Stellung. Die Note wird von den meisten Blättern hauptsächlich wegen ihres Tones kritisiert. Der überwiegende Teil der Presse tritt jedoch dafür ein, die Note trotzdem als Ausgangspunkt von Verhandlungen zu machen. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Note sei in politischen Kreisen als genügend ernstes Angebot für die Regelung der Reparationen angesehen worden, um eine erwogene Erwiderung von Seiten der in Betracht kommenden Länder zu verdienen. Da sie an alle Alliierten gerichtet sei, so habe jeder der Alliierten das Recht, eine Ansicht auszusprechen und man könne mit Sicherheit vorhersagen, daß weder England noch Amerika die Note Deutschlands ohne weiteres zurückweisen werden. Auch Italien werde wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen, um seine Ansichten bekanntzugeben. „Times“ weist in ihrem Finanzteil darauf hin, daß die Veröffentlichung der deutschen Note sowohl Frank- als auch Marktverkäufe zur Folge hatte. Damit habe der Markt seine Ansicht ausgedrückt, daß Frankreich das deutsche Angebot verwerfen werde. In gut unterrichteten Kreisen in der City sei die deutsche Note im Gegenteil begrüßt worden, weil sie, was auch immer ihre Annahme durch Frankreich sein mag, eine neue Lage in der Geschichte der Reparationsfrage schaffen müsse.

## Die Pariser Verhandlungen über das Memelstatut.

Vor der Völkerverkonferenz fanden in der letzten Zeit Verhandlungen über die staatsrechtliche Gestaltung des Memellandes statt, die zu einer teilweisen Einigung geführt haben. Diese ist noch nicht erzielt worden über die Finanzfrage, Zölle und den Hafen. Dagegen wurde ein Einverständnis erzielt über die innere Verwaltung des Memellandes. Diese soll mit Ausnahme der Post, der Staatsbahn, des Hafens und des Zolls Sache des Memelgebiets sein, insbesondere die Regelung des Aufenthalts, die Polizei und die Steuern mit Ausnahme der Akzise. Ein Landtag, auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählt, wird die Gesetze, die vorher durch einen kleinen Wirtschaftsrat begutachtet werden, beschließen. Ausführendes Organ ist das Landesdirektorium, bestehend aus einem Präsidenten und höchstens sechs Mitgliedern, das das Vertrauen des Parlaments haben muß. Alle drei genannten Körperschaften haben das Recht der Initiative. Litauen wird in Memel durch einen Gouverneur vertreten, der die beschlossenen Gesetze zu verkünden verpflichtet ist. Die Verkündung bedarf der Genehmigung des Präsidenten des Landesdirektoriums. Im übrigen ist die Stellung des Gouverneurs im wesentlichen repräsentativer Art; er hat z. B. kein Vetorecht gegen memeländische Gesetze, auch kann er sich in Fragen der inneren Verwaltung des Memelgebiets nicht einmischen. Dagegen ist den Memelern ein Minister ohne Portefeuille in Kowno zugestanden. In den litauischen Kreisen.

An besonders interessierenden Einzelheiten wäre vielleicht noch hervorzuheben, daß in der Voraussetzung, daß das Statut noch in diesem Jahre in Kraft tritt, jeder militärische Dienst bis zum 1. Januar 1923 ausgeschlossen sein soll. Pässe und Visa sollen zwar an sich Sache der Zentralverwaltung sein; mit der Durchführung der entsprechenden Vorschriften wird aber die Memeler Verwaltung betraut. Die Pässe werden litauischen und deutschen Text erhalten; die Eigenschaft als Memelländer wird an ihnen hervorgerufen. Der Stichtag für den Erwerb des Rechts als Memeler Bürger wird voraussichtlich der 10. Januar 1920 sein. Die Optionsfrist beträgt zum Jahre zwei weitere Jahre sind vorzuziehen für die Auflösung der wirtschaftlichen Beziehungen der Litauer, denen aus der Option kein Vermögensnachteil erwachsen darf.

Die Frage des Hafens wird in Kreisen der Völkerverkonferenz grundsätzlich anders angesehen, als in Memel und Kowno. Die Völkerverkonferenz wünscht eine internationale Hafenkommission unter einem neutralen Vorsitzenden, der außerdem noch ein Pole, ein Litauer und ein Memeler angehören soll. Abgesehen davon, daß die anderen Anliegerstaaten der Memel, also auch Deutschland, nach diesem Vorschlag in dieser Kommission nicht vertreten sind, sind die beiden, die der Hafen am nächsten angeht, der Memelländer und Litauer, gegenüber den beiden anderen Mitgliedern der Kommission immer in der Minderheit, denn bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Was den Verkehr auf der Memel anlangt, so ist man sich über den freien Transit auf Grund des Vertrages von Barcelona einig geworden.

## Der Sieg der Schwerindustrie.

Täuschten die Anzeichen nicht, so hat die Schwerindustrie im Kampf um die Verschlechterung der Mark gestiegt. Zwei Wochen sind seit dem neuen Markkurs vergangen; trotzdem ist der Dollar noch nicht auf seinen alten Stand zurückgekehrt. Alle Begleitscheinungen der Dollarhauffe, wie wir sie in früheren Stadien der Markentwertung erlebten, sind auch jetzt in voller Wirksamkeit.

Ein endgültiges Urteil ist natürlich nicht möglich. Sollte es immerhin der Reichsbank wider Erwarten gelingen, vorübergehend oder auch für längere Zeit den Dollar wieder auf seinen alten Stand zurückzubringen, so kann doch nicht verkannt werden, daß es jetzt schwerer denn je ist, die Mark auf ihr ursprünglich geplantes und durch die Stützungsaktion für längere Zeit bereits herbeigeführtes Wertverhältnis zurückzuführen. Zu energielos ist die Reichsbank vorgegangen, sie hat ihre Stützungsaktion zu ungeschickt eingeleitet und zu wenig durch ihre Kreditpolitik unterstützt, ebenso wie sie zu wenig darauf bedacht war, das Reich zu einer Deckung seiner mit dem Ruhrkrieg wachsenden Ausgaben durch Steuern anzuhalten. Wenn je, so tritt jetzt die unglaubliche Schwere der Last zu, mit der der bürokratische Regierungsbüro arbeitet. Die Staatsmaschine, bestimmt, die Ziele der Regierung und die Interessen des Volksganges zu fördern, arbeitet ihnen entgegen, weil sie sich auf die neuen Verhältnisse nicht eingestellt hat.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen ist getroffen worden, unter der Voraussetzung, daß die Mark stabil ist und bleiben wird. Man hat die Kohlensteuer abgebaut, man hat die Schranken der Einfuhr gelockert. Die Erhaltung der Exportgewinne hat man eingeschränkt oder aufgegeben, weil man sich sagte, daß die Aufrechterhaltung derartiger Maßnahmen unnötig sei, nachdem die deutsche Wirtschaft auf den meisten Gebieten die Weltmarktpreise überschritten hatte. Jetzt erweisen sich diese Maßnahmen als falsch. Die Befreiung der Kohlensteuer wird zu einem Geschenk für die kohlegrubenden Industrien, welche die auf Staatskosten niedrigeren Kohlenpreise zu zahlen haben, obwohl ihre Gewinnmöglichkeiten mit der Wiederkehr einer besseren Absatzkonjunktur wieder gestiegen sind.

Die Lockerung der Einfuhr durch Erweiterung der Einfuhrfreiliste ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu eine Prämie auf Devisenhamsterei. Wer heute mit Devisen oder mit ihrer Hilfe ausländische Rohstoffe oder Nahrungsmittel erworben hat, hat in den letzten Tagen davon bereits 40 bis 50 Prozent verdient. Wieviel Unnützes wird nun unter diesen Umständen zugleich mit denjenigen Waren zusammen eingeführt werden, die für Deutschlands Volkswirtschaft unentbehrlich sind. Die Lockerung der Ausfuhrabgabe aber ist fährlich auch auf die ganze Devisenlage von verhängnisvollem Einfluß gewesen. In den letzten Tagen hat man eine ganze Reihe von Ausfuhrtarifen herabgesetzt — und das zu einer Zeit, wo die Exportgewinne steigen! Die Ausfuhrabgabe, die die Exportgewinne erfassen soll, wird ermäßigt mit der Erhöhung der Exportgewinne. Aber nicht nur das. Die Absicht der Regierung, die Ausfuhrabgabe zu ermäßigen und für einen großen Teil von Waren zu streichen, war den Interessenten schon seit Wochen bekannt. Die Interessenten haben natürlich die Kenntnis dieser Tatsache dazu ausgenutzt, um inzwischen mit ihrer Warenausfuhr zurückzuhalten, um die künftige Ausfuhrabgabe nicht zahlen zu müssen. Ja, sie wurden dazu von Außenhandelsstellen, die in der Regel von Vertretern der Unternehmer geleitet werden, direkt ermuntert. Jedenfalls ist uns von einer Außenhandelsstelle, die in der letzten Woche für mehr als 20 Milliarden Papiermark Waren exportiert hat, bekannt, daß der Leiter dieser Stelle der zugleich Syndikus eines Unternehmerverbandes ist, an die von ihm beauftragten Großfirmen die Mahnung gerichtet hat, bis zur Aushebung der Abgabe die Erledigung aller angedringenden Ausfuhr zu vertragen und keine Ausfuhranträge zu stellen.

Die Folge dieser Zurückhaltung im Export ist natürlich, daß der deutschen Wirtschaft weniger Devisen zufließen, als ihr bei Aufrechterhaltung der heute noch möglichen Warenausfuhr zufließen könnten. Das Angebot an Devisen mußte damit zurückgehen, die ohnehin kritische Lage am Devisenmarkt verschärfte werden. Seit mehr als einer Woche haben wir die neue Dollarhauffe. Trotzdem ist kein Erlaß der Regierung herausgekommen, der die im Vertrauen auf die stabile Mark getroffenen Maßnahmen, nachdem ihre Voraussetzungen hinfällig geworden sind, rückgängig macht. Die Bürokratie löst ihre eigene Aufgabe, indem sie die Wirtschaftspolitik von gestern betreibt.

Oder sollte es etwa von gestern geübt werden? Leider wirkt manches dafür. Die Schwerindustrie und der Exporthandel betreiben mit wenigen Ausnahmen schon seit langem die Vereinfachung der Außenhandelskontrollen und vor allem die Niederlegung der Exportabgaben. Nicht ihre Vereinfachung, aber immerhin ihr Abbau ist ihnen unter dem Schutz der französischen Zölle an der Ruhr geblieben. Wieder hat der Brückentritt einzelner Wirtschaftskreise über die Interessen der Gemeinschaft den Sieg davongetragen.



# Danziger Nachrichten.

## Das Schlussprotokoll.

Gestern mittag fand die Unterzeichnung des Schlussprotokolls der Interalliierten Kommission für die Verteilung der Staatsgüter statt. Für die Verteilungskommission unterzeichneten die Herren Verover für Frankreich, Fry für England, und Verant für Italien. Als bevollmächtigte Vertreter der Freien Stadt Danzig unterzeichnete der Präsident des Senats Sedm. für die Reklamation der Republik Polen der diplomatische Vertreter Polens in Danzig Klucinski, für den Gutsauschuss der Präsident de Requier. Die Originalurkunde wird, wie es auch bei der Danziger-Konvention geschah, in den Archiven der Regierung der Republik Frankreich aufbewahrt werden; authentische Ausfertigungen werden den beteiligten Staaten zugehen.

Die Verteilungskommission hat in den letzten Tagen die noch ausstehenden Entscheidungen vollzogen. Die Erziehungsanstalt Conradshammer und das Gebäude auf dem Weiden der alten Gasanstalt am Thorschen Weg sind an die Freie Stadt Danzig gekommen. Auch wurden die Besitzrechte der Danziger Werft nunmehr offiziell an Danzig und Polen in der Hälfte geteilt und das Verwertungsrecht an die gebildete internationale Aktiengesellschaft übertragen.

## Der Höchstpreis für Butter aufgehoben.

Durch eine Verordnung des Senats wird „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage“ (?) der Höchstpreis für Butter aufgehoben, so daß diese nunmehr im freien Handel uneingeschränkt zum Verkauf gelangen kann. An dem bisherigen Zustand wird sich dadurch kaum viel ändern. Zu dem Höchstpreis kam infolge des letzten Verhaltens der Behörden keine Butter auf den Markt. Die Preise auf dem Hinterrunnenwege konnte die minderbemittelte Bevölkerung nicht bezahlen, wie sie auch jetzt nicht die Preise im Freihandel wird bezahlen können. Zu beklagen ist nicht nur, daß die Verteilung wieder größeren Umfang annehmen und die Milchverteilung, die seit kurzem schon sehr zu wünschen übrig läßt, noch schlechter wird. Auch werden die Agrarier mit Hilfe eines künstlich hochgetriebenen Butterpreises sicherlich neue Vorurteile auf Erhöhung des Milchpreises machen. Diesem muß unter allen Umständen vorbeugen werden. Durch die letzte Erhöhung des Milchpreises auf 800 Mark ist die wichtige Säuglingsnahrung bereits so verteuert, daß in vielen Familien eine weitere folgenschwere Mangelkrankheit festgestellt hat. Wenn selbst eine teilweise Erhöhung des Preises durch die Verteilung des Transportes nicht zu umgehen sein sollte, so ist es doch unverständlich, daß man jetzt die Gelegenheit vermisst, um auch den Agrariern wieder höhere Preise zuzuerkennen. Dem Senat ist die Befriedigung des agrarischen Profitierers immer noch wichtiger als die gesunde Ernährung des Nachwuchses. Während das Gesundheitsamt seit einiger Zeit krankhafte Anzeichen macht, um durch die Aufklärungsveranstaltungen der Tuberkulose zu Werke zu gehen, und durch große Vorzüge versucht, dem Mangel an Geburtshilfe Einhalt zu tun, leistet der Senat durch seine Preispolitik der immer größeren Verelendung der Bevölkerung Vorschub. Das ist dem internationalen Sozialpolitikern, wie sie ähnlich nur die Schildbürger getrieben haben. Alle Bemühungen um Hebung der Volksgesundheit sind solange ein Hohn, wie diese Wucherpolitik getrieben wird.

## Die Wahl des Steuergerichts.

Beim Landessteueramt wird am 1. Juni 1923 ein Steuergericht gebildet. Die Gesamtzahl der für das Steuergericht zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter beträgt 24; davon entfallen auf die Stadt Danzig 12, auf die Stadt Zoppot 3, auf den Kreis Danziger Höhe 3, auf den Kreis Danziger Niederung 3 und auf den Kreis Großer Werder 3. Die Wahlen werden von den Körperlichkeiten der Selbstverwaltung vorgenommen. Der Stadtratsordnungsversammlung in Danzig, die am Dienstag die Wahl vorzunehmen hat, werden folgende Personen vorgeschlagen: Abg. Gen. Wehl, Abg. Gen. Grünhagen, Bankdirektor A. Weh, Kaufmann Gustav Mendel, Kaufmann Julius Benschel, Direktor Rudolf Rütchberg, Kaufmann Kris Biele, Wildhütermeister Theodor Habel, Schiffsverwalter Groß, Fährverwalter Grund, Postrat Dr. Cylich und Rentier Adolf Jacobsen.

## Bereinfachte Gebührenerhebung.

### An Stelle Kanalgebühr Aufsicht auf den Wasserzins.

Die Auktorisierung der Kanalgebühren und Müllabfuhrgebührenordnung und Abführung der Kanalgebühr durch einen Aufsicht auf den Wasserzins fordert der Senat in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung. In der Begründung des Antrages wird ausgeführt: Infolge der steigenden Geldwertung hat sich zwischen dem Haushaltswesen der Verwaltungen der Kanalgebühren und der Müllabfuhr einerseits und den Verwaltungen und Erhebungsstellen der beiden Gebühren andererseits ein Missverhältnis entwickelt, das die Neutralität der Kostendeckung zur einander den Gemeinden zuzurechnen macht.

Nach dem Stande vom 1. Januar d. J. betrug der Geldbedarf der beiden Verwaltungen für das Rechnungsjahr 1923 für die Kanalgebühren 31 Millionen Mk., für die Müllabfuhr 13 Millionen Mk. Daraus ergibt sich nach einer vereinfachten Schätzung vom gleichen Stande Erhebungsstellen von zusammen 24 Millionen Mk. abzunehmen.

Inzwischen haben sich das Soll und die Kosten etwa in gleichem Maße vergrößert, so daß die Gebühren, die zur Deckung aller dieser Anforderungen erhoben werden müßten, den Wert der Leistung erheblich übersteigen würden. Dem Besitze reichsdeutscher Städte folgend, soll daher die Kanalgebühr durch einen Aufsicht auf den Wasserzins abgelöst werden. Durch die hierbei erzielte Erhöhung an Verwaltungsstellen würde eine beträchtliche Erleichterung der von jedem einzelnen zu tragenden Lasten erreicht.

Die weiteren Grundzüge, die der Kanalisation nicht aber der Wasserlieferung angeschlossen sind, sollen nach einem billigen Maßstab erfüllt werden. Bezüglich des Erlages der Müllabfuhrgebühren wird der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig ein weiterer Vorschlag zugehen.

Unentgeltlicher Eintritt ins Hygienehaus an zwei Sonntagen im Monat fordert ein Antrag der deutschparteilichen Stadtverordnetenfraktion. Die gleiche Fraktion wünscht ferner vom Senat Auskunft, ob und wann eine bessere Verbindung zwischen Neubude und Danzig herbeigeführt werden kann.

Deutschpolnische Verbrüderung. Im Volkstag ließen sich Delegationen und Polen öfters in den Dacten was sie jedoch nicht hindert, gemeinsame Geschäfte zu machen. So hat die deutsche Seite, welche sich deutschpolnische und Polen brüderlich die Hand. Die neugegründete Firma

„Baltisches Holzhandel- und Holzindustrie-Syndikat, A.-G.“ ist ein neues Beispiel dafür. Vorstandsmittler der Gesellschaft sind u. a. Konrad Klim von Pawluf, Fabrikbesitzer Heinrich Samilski aus Warschau. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an: Senator Dauffon und der deutschpolnische Abg. Dr. Mehlhorn. Das Regiment scheint also sehr leicht zu sein, denn sonst würden die Senatoren nicht immer neue Betätigungsfelder suchen.

## Schwere Bluttat in Zoppot.

### Zwei Angestellte durch Schupo erschossen.

Ein folgenschwerer Vorfall hat sich gestern nachmittag in Zoppot abgespielt. Zwei frühere Angestellte des Spielklubs hatten in der Danziger Straße eine Auseinandersetzung mit zwei Schupo-Beamten, die dort Strafendienste versahen. Im Verlauf des Wortwechsels warfen sich die Beamten durch die beiden Zivilisten, die angetrunken gewesen sein sollen, bedroht gefühlt haben. Nach den Angaben der Beamten soll der eine Angestellte tödlich verwundet sein und versucht haben, dem einen Beamten das Seitengewehr zu entreißen. Der andere Zivilist soll einen Revolver gezogen haben. Einer der Beamten hat darauf beide Zivilisten niederschossen. Der eine war auf der Stelle tot, während der andere auf dem Transport zum Arzt gestorben ist. Wir geben diese Darstellung unter allem Vorbehalt wieder, da sie uns die Sachlage sehr einseitig zu ungunsten der Beamten zu schildern scheint. Selbst wenn sich die beiden Angestellten widerständig benommen haben, so konnte die Auseinandersetzung bei einem ruhigen Vorgehen der Beamten, sicherlich nicht diese Form angenommen haben. Die Zivilisten müssen sich u. G. von den Beamten in irgendeiner Weise in ungebührlicher Weise behandelt gefühlt haben, daß sie sich zur Wehr setzten und bei den bisherigen Erfahrungen die mit der Schupo im Strafendienst gemacht wurden, ist das als sehr nahe liegend anzunehmen. Aber selbst dann, wenn die obige Darstellung zutrifft, so ist damit das Niederschießen zweier Menschen durchaus nicht erklärt. Der Schupo-Beamten hätte es unbedingt auf andere Art und Weise gelingen müssen, mit den Passanten fertig zu werden, als sie ohne weiteres niederzuschießen. Hoffentlich schafft die Untersuchung Aufklärung.

## Das Sterben der Alten.

Ueber dieses erschütternde Thema sprach in einer stark besuchten Versammlung des Zentralverbandes der Invaliden, Witwen und Hilflosen im Vertikalehaus der Vorsitzende dieser Vereinigung, Herr Brüssel. Er führte u. a. aus: Jeder aufrichtige Mitbürger, der das Sterbepreiser des Landesamtes verfolgt, wird kaum mehr über die ungeheuer große Zahl der Sterbefälle der Alten. Der Verband hat diesen Winter einen großen Verlust an Mitgliedern durch Tod erlitten. Diese Sterbefälle in so großer Anzahl sind lediglich der Unterernährung und der mangelnden Bekleidung, der die Verstorbenen zum Teil ausgesetzt waren, zuzuschreiben. Was soll ein alter Mensch, der immer friert und den heimgärt nur noch Wärme erhalten kann, mit 6 Centnern Reis und einigen Pfunden Holz den Winter über anfangen die das Wohlfahrtsamt diesen Alten gibt. Wenn diese Wohlfahrtsbelleterung auch nur eine sogenannte Winterbeihilfe sein soll, so muß man die Frage aufwerfen, von wo die andere benötigte Heizung herkommen soll. Die Invaliden haben bis vor einigen Monaten 1500 Mark monatliche Rente erhalten, davon sollte der ganze Lebensunterhalt, Wohnung, Bekleidung und Heizung bestritten werden. Es ist daher kein Wunder, wenn die Alterssterblichkeit sich zur Epidemie auswächst? Wenn nicht die Altersbeihilfe, die von allen Parteien vertreten ist, so segensreich und hilflos bereit gewirkt hätte, wären die Opfer der sterbenden Alten noch größer gewesen.

Diese Zustände können nicht länger bestehen bleiben. Die Danziger Bevölkerung muß sich dafür einsetzen, daß den Alten in ausreichender Weise geholfen wird. Hierzu ist in erster Linie erforderlich, daß die Sozialrenten der Geldentwertung angepasst werden und daß die Altersbeihilfe durch ausreichende Beiträge und Gaben so gestärkt wird, daß sie hinreichend helfen kann. Dann müssen Vertreter der Minderbemittelten in den Wohlfahrtsausschuss bezieht werden, worum seit 4 Jahren in einer ganzen Reihe von Eingaben gebeten worden ist, weil diese am besten entscheiden können, wie in den einzelnen Fällen geholfen werden kann. Ferner müssen den Verbänden der Invaliden, Witwen und Hilflosen verbilligte Lebensmittel und Brennmaterial, wenigstens alle Monate einmal zugewiesen werden. Wenn diese bestehenden Forderungen nicht durch den Volkstag, den Senat und die Stadtverordneten durchgeführt werden, gibt es im nächsten Winter ein Massensterben der Alten Altdanzigs in ungeahntem Ausmaß.

Referent ergo dankt auf die errungene Spezialfürsorge der Kleinrentner ein, die nie einen Pfennig zur Invalidenrente, Altersrente beigetragen hätten. Demen hätte man eine Rente ausgesetzt, und zwei von ihnen in der Verteilungskommission eingesetzt, wogegen andere Hilfsbedürftige, ehemalige Handwerksmeister, selbständige Schneidbrenner usw., die keine Gelegenheit zum Kartenleben hatten, und denen der Krieg ebenso mitgeteilt hat, auf Armengeld angewiesen sind. Vor dem Gesetz sollte jeder Hilfesuchende gleich behandelt werden. Diese Voraussetzung der letzten Kleinrentner verdanken sie ihrem Zusammenhalt, dem Einfluß ihrer in guter Position stehenden Kinder und zuletzt der Parteipolitik der nächsten Wahl. Die Invaliden, Witwen und Hilflosen sollten ebenso zusammenhalten und ihre Stimme nur den Parteien geben, die sich für die Interessen der Minderbemittelten einsetzen.

In der Aussprache wurde über die niedrigen Renten Klage geführt. Sie beträgt teilweise nur 750 Mark monatlich. Dafür gibt es den ganzen Monat über nicht einmal ein Brot, auch sei der Weg zur Post und das Nützlichste dorthin, diesen Betrag nicht wert. Der Anschlag zur Sozialrente wird nicht nach den geleisteten Arbeitsleistungen, sondern nach den Familienverhältnissen gewährt, viele Invaliden erhalten tatsächlich nur derartige niedrige Renten. Es wurde Verbilligung dieser Anführer durch den Vorstand verlangt, welches dieser auch versprach. Ein Mißverständnis an diese Art durch öffentliche Demonstration zu begehen, indem den Danziguern bis und wieder einmal ein Bild des Elends vor Augen geführt wird, dadurch würde die Gebrechlichkeit sämtlicher Klassen anzuregen werden. Der Vorstand riet hier von ab und versprach, noch einmal beim Senat, Volkstag und Stadtverordneten um ausreichende Hilfe zu ersuchen.

Verteilung der Feuerwache Neufahrwasser. Der Senat beauftragt bei der Stadtverordnetenversammlung, daß das

am Exerzierplatz in Neufahrwasser gelegene ehemalige Exerzierhaus mit einem Kostenaufwand von 150 Millionen Mark als Feuerwache ausgebaut wird. Die bisher von der Feuerwache innegehabten Räume seien zu klein und gesundheitschädlich.

Lageordnung zur Stadtverordneten-Versammlung am Dienstag, den 8. Mai 1923, nachmittags 4 Uhr. A. Öffentliche Sitzung. Wahl eines Ersatzmitgliedes zum Ausschuss für Neuverteilung einer Höchstgrenze bei Mietzinsfestsetzungen. — Entlastung von Jahresrechnungen. — Erste Sitzung folgender Hauskassen für 1923: der Tiefbauverwaltung, der Kanalverwaltung, des Jugendamtes, des Jugendhauses in der Reiterkaserne, des Säuglings- und Mütterheims, in Verbindung mit einem dazugehörigen Antrage von Stadtverordneten, des Wohlfahrtsamtes nebst Wirtschaftsabteilung in Verbindung mit der Senatsvorlage betreffend Kleinrentnerfürsorge. — des Kinder- und Waisenhauses Pelonken, des Altersheims Pelonken, der Grundverwaltungsverwaltung, der Schuldenverwaltung, des Haupt-Gaushaltspolans in Verbindung mit einem Antrage von Stadtverordneten betr. Veretzung von Einzel-Einst. — Festlegung von Fluglinienplänen: für die Paternenzgasse, für den Steffensweg, für eine Verkehrsverbindung Bismarck-Heimweg-Unterführung. — Deckung von bereits bewilligten Mitteln für Wohnungsbauten aus der Wohnungsbauabgabe. — Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau einer Umkleibehälter auf dem Heinrich-Ehlers-Platz. — Bewilligung eines Preiszuschusses an den Verein für Kindergärten für April/September 1923. — Gewährung eines Zuschusses für das St. Marien- und Diakonissenkrankenhaus. — Anträge von Stadtverordneten, betr. a) die letzten Mietzinsrechnungen, b) Vererbung der Reiterkaserne. — Anträge von Stadtverordneten, betr. Verbindung Neubude-Danzig. — Zweite Sitzung sämtlicher Hauskassen für 1923 und endgültige Festlegung des Haupt-Gaushaltspolans für 1923. — Neubau der Feuerwache in Neufahrwasser. — Nachbewilligung von Kosten für den Erweiterungsbau der Seebadanstalt Brösen und für Instandsetzungsarbeiten dorthin, sowie auf der Bismarckstraße und in Neubude. — Instandhaltung der gärtnerischen Anlagen um die ehemaligen Reitungswerke, sowie der Treppen und Ränge im Präfekten Palast. — Außerachtlassung der Kanalgebühren- und Müllabfuhrgebühren-Ordnung und Abführung der Kanalgebühren durch einen Ausschlag auf den Wasserzins. — Berichterstatter und Anträge des Petitions-(Eingabens-) Ausschusses. — B. Geheime Sitzung.

Das Sterben auf der Reise verursacht heute große Kosten. Vor einigen Tagen fuhr auf der Reise nach Danzig auf einem Dampfer eine Frau, die in der Braunsberger Gegend beheimatet ist. Der Dampfer legte in Danzig die Anker, um sie hier abzuschleppen. Darauf fuhr der Dampfer wieder nach Danzig, um seine fahrplanmäßige Rückfahrt von dort aus anzutreten zu können. Für die Rückbeförderung der Leiche kostete die Reederei den Angehörigen 1 Million Mark in Rechnung. Für die Weiterbeförderung der Leiche im Auto von Elbing nach Braunsberg mußte noch eine halbe Million Mark bezahlt werden.

Opfer ihres Berufes. Der Arbeiter William Sellin aus Weichselmünde stürzte beim Löschen eines an Brabant liegenden Schiffes in den Schiffsraum. Er erlitt einen Schädelbruch und starb bereits auf dem Transport zum Krankenhaus. — Der Hafenarbeiter Karl Topf, Stiftswinkel 5, stürzte beim Löschen von Mehl, einen schweren Mehlack auf dem Rücken, in den Schiffsraum hinab. Er trug schwere Kopfverletzungen davon und liegt in bedenklichem Zustand im Krankenhaus.

Das Bräuner Waldchen ist im Jahre 1920 von der Stadtgemeinde gegen einen jährlichen Pachtzins von Mk. 750.— gepachtet worden und als Parkanlage und Erholungsstätte für die Badegäste durch Anlegung von Spazierwegen, Heckenpflanzungen, Aufstellung von Ruhedanken usw. umgebaut. Diese Anlagen sind infolge der schlechten Witterungsverhältnisse stark beschädigt und bedürfen daher dringend einer Ausbesserung. Nach dem von der Städtischen Gartenverwaltung aufgestellten Kostenschlag werden hierfür 462.000.— Mk. benötigt. Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung dieser Summe.

Beim Spiel tödlich verunglückt ist der Schüler Kurt Starosta in Langfuhr, Michaelsweg 18. Er kletterte am Königstaler Weg in eine der dort lagernden Tonröhren. Die ins Rollen gebrachte Röhre zerbrach und verletzte den Jungen so schwer, daß er bald nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus starb. — Der 18-jährige Arbeiter Rudolf Imisjus traf beim Zerbrechen von altem Eisen auf einen Zünder, der explodierte. Er wurde mit zerrissenen Händen ins Krankenhaus eingeliefert.

Zoppot. Freitag eines Dienstmädchens. In der Nacht zu gestern hat sich ein zwanzigjähriges Dienstmädchen aus der Franziusstraße vom Seefteg ins Meer gestürzt. Gut und Handshuhe hatte sie auf dem Seefteg zurückgelassen. Die Gründe für die Tat sollen unbekannt sein. Die Leiche ist im Laufe des gestrigen Tages geborgen worden.

## Devisenkurse.

(Schachzeit um 12 Uhr mittags.)

	2 Mai
1 Dollar	38 500.—
1 polnische Mark	0 80
1 Pfund Sterling	177 000.—
1 holländischer Gulden	15 020.—
1 norwegische Krone	6 750.—
1 dänische Krone	7 190.—
1 schwedische Krone	11 240.—
1 Schweizer Frank	6 920.—

Nützliche Kursnotierungen vom 3. Mai 1923. Dollar: Geld 84,25, Brief 84,72; englisches Pfund: Geld 181 205,62, Brief 182 260,85.



# BORG



preisgekrönt

## E. G. Olschewski, Möbelfabrik

Telefon 331 DANZIG, Dominikswall 14 und Filiale

### Kaufhaus Louis Jacob

Leh.: Benno Bieber ZOPPOT

Täglich Eingang von: Kleiderstoffen, Damen- u. Kinderkonfektion, Pelz, Weißwaren, Wäsche, Kurzwaren, Spezial Neuheiten in allen Artikeln

# Pelze

Große Auswahl in Damen- und Herren-Konfektion, auch Fellen aller Art

Reichhaltige Spezial-Abteilung in Fellen und Fütter aller Art für ein großes

Kaufen Sie verteilhaft im großen Pelz-Lager

## Berliner Pelzvertrieb

DANZIG

Breitgasse Nr. 121, 1. Etage Eigene Werkstatt im Hause.

Mit. Wohnungen u. Zimmer, Eise- u. Lagerhäuser auch Privat-Wohnungen auch welsch, Kellern, Gänge, Pflasterstraße 6 - Für Vermiet. kostenlos

## Silber-, Gold-

waren, -Münzen in jeder Form zwecks Verarbeiten zu höchsten Preisen dringend zu kaufen gesucht.

### Neufeld

Gr. Wolberggasse 20.

## Zentral-Theater

Langgasse 31 - Fernsprecher 1049

Das vornehme, führende Lichtspielhaus

### Hermes, Bassma Danziger Stolz Röhmscher Shag

Tabakfabrik B. Schmidt Nachfl. Danzig-Oliva.

## G. Valtinat, Dampfmolkerei

Danzig-Langfuhr

Beste und billigste Bezugsquelle für Schmalz, Margarine, Käse

Filialen in allen Stadtteilen

# Volksstimme

Einzelnummer 200 Mk.

Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Freitag, den 5. Mai 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen, Annahme, Belieferung, Bestellung und Druckerei 3290.

### Konfektionshaus W. Lieber

ZOPPOT

Danziger Str. 5 Teleph.

### H. Sch

Möbelfabrik

Fernruf 614 u. 5762

## Geschäftliche Ru

Musterschätz!

(G)

Danzig

Danzig		Heubude		Behn	
900	100	200	300	500	600
900	100	200	300	500	600
1000	200	300	400	600	800
1000	200	300	400	600	800
—	—	400	500	—	—
—	—	—	500	—	—
—	—	400	—	—	—
—	—	500	—	—	—
—	—	500	—	—	—

\* Fernruf u. Z. nicht.

## idlungen.

Wirtschaften gesichert werden, dazuzugewandene Reparationszahlungen und Belgien gemacht werden

Sitzung des Völkerbundes müsse stattfinden, um die Zulassung eines neuen Mitglieds zu vereinbaren.

Die britische Regierung hat an alle Einzelheiten des Völkerbundes Grundzüge für Verhandlungen mit der Regierung und den alliierten Nationen und fordert die britische Regierung sofort eine Erklärung in dieser Hinsicht und eine Konferenz zwischenden Parteien zu fördern. Die britische Regierung hat die Ansicht, dass jetzt die Zeit für die Zurückziehung der britischen

## ale Misstrauensvotum gegen ring abgelehnt.

Ein Antrag wurde gestern der von den Abgeordneten des Innern gegen den Minister des Innern ein Misstrauensantrag in dem Sinne mit 248 gegen 70 Stimmen bei

## Danzig-polnischen Beziehungen.

### Die polnischen Staatsmänner.

Die polnischen Staatsmänner haben gesehen, dass der Danziger Senat einen polnischen Staatsmänner annehmen würde, auch feiner polnischen Streitfragen in der Verhandlung. Das ist gestern durch den polnischen Staatspräsidenten im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden. Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen sind in der letzten Rede auch in Polen endlich eine neue Auffassung für Danzig, auch von polnischen Staatsmännern gegen den polnischen Senat durch seine ganze Danzig zu einem friedlichen Zustand dem benachbarten Polenland bestanden. Das ist gestern durch den polnischen Staatspräsidenten im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden. Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen sind in der letzten Rede auch in Polen endlich eine neue Auffassung für Danzig, auch von polnischen Staatsmännern gegen den polnischen Senat durch seine ganze Danzig zu einem friedlichen Zustand dem benachbarten Polenland bestanden. Das ist gestern durch den polnischen Staatspräsidenten im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Der polnische Staatspräsident hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

Die polnische Regierung hat auf die Rede der Freien Stadt Danzig eine programmatische Rede über die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gehalten, zu der er im Danziger Volkstag sowohl als auch von deutscher Seite geschildert worden.

einer Stimmenthaltung abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es gelegentlich einer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der kommunistische Abgeordnete Kaschewski schwere Anschuldigungen gegen die Sozialdemokraten geäußert, zu einem großen Tumult. Die Sozialdemokraten riefen Kaschewski von der Rednertribüne. Die Sitzung musste abgebrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Abgeordnete Kaschewski auf 14 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen sei. Kaschewski verließ jedoch im Saal, so daß die Sitzung abermals abgebrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Präsident Petrucci mit, daß der Vorkonferenzrat mit drei Viertel Mehrheit die Ausschließung des Abgeordneten Kaschewski für 15 Sitzungstage beschlossen habe, und schlug daraufhin die Vertagung des Hauses auf Sonnabend 12 Uhr vor, womit der Landtag sich einverstanden erklärte.

## Um den Schutz der Versammlungsfreiheit.

Der Reichstag beendete gestern die zweite Lesung des von den Mehrheitsparteien eingebrachten Gesetzesentwurfs betreffend die Vertagung der Versammlungsfreiheit. Die Sozialdemokraten hatten die Abstimmung darüber in den letzten Sitzungen durch Obstruktion wiederholt vereitelt. Auf Grund von inzwischen gepflogenen Verhandlungen der Parteien wurde gestern ein mildernder sozialistischer Antrag angenommen, der die Strafbarkeit des Versuchs streicht. Weiter soll dann auch die Bestimmung fallen, die die im Zusammenhang mit der Beteiligung an einer Versammlung begangenen Gewalttätigkeiten unter verschärfte Strafe stellt.

## Freistaat bildet. Der Senat wie der Volkstag haben

und werden diesen in unserer Verfassung aufgestellten Grundgesetz stets vertreten und, wie ich mit Genugtuung feststellen kann, ist mit Unterstützung des Völkerbundes auch erreicht worden, daß nach außen hin unzweifelhaft die Anerkennung der Selbständigkeit Danzigs ausgesprochen ist. Ich weise hin auf die im Januar erfolgte Regelung der Teilnahme Danzigs an internationalen Kongressen. Ich stelle ferner mit besonderer Genugtuung die Tatsache fest, daß hinsichtlich der vielumstrittenen Frage der Handelsverträge die Regierung der Republik Polen durch einen aus Paris nach Danzig entsandten Vertreter des polnischen Handelsministeriums nunmehr Erklärungen abgegeben hat, welche Danzig die unmittelbaren Rechte und Pflichten aus den Verträgen als Vertragspartei sichern sollen. In dieser Frage hat also der Senat nicht, wie wenig geschmackvoll der Vertreter der polnischen Fraktion dieses Hauses sich ausgedrückt hat, sich wie ein unartikulierter Kind in die Ecke gestellt, sondern hat konsequent und zähe an einem Grundgesetz festgehalten, dessen Berechtigung sich schließlich auch die polnische Regierung nicht hat verschließen können.

Wenn der polnische Staatspräsident in seiner Rede weiter ausführt: „Danzig denkt heute nicht daran, daß es von Polen lebt und seine Politik den polnischen Interessen unterordnen muß“, so muß ich demgegenüber auf folgendes hinweisen: Danzig hat nach meiner Überzeugung oft genug und laut betont, daß sein Wirtschaftsleben aufs engste mit dem Polens verbunden ist, und daß insofern mit gewisser Einschränkung der Satz nicht unberechtigt ist, daß Danzig von Polen lebt. Aber dieses durch den Vertrag von Versailles geschaffene Verhältnis ist doch nicht einseitig, sondern beruht auf einer gewissen Wechselwirkung. Danzig ist nicht allein der nehmende Teil, Danzig ist als Handelsstadt für Polen doch auch durch den Vertrag von Versailles eine geordnete Stellung eingeräumt. Wie oft ist nicht auch von polnischer Seite der heute fast als Gemeinplatz klingende Satz ausgesprochen worden: „Danzig und Polen sind aneinander angewiesen.“ Es würde daher richtiger sein, statt des Satzes: „Danzig lebt von Polen, zu sagen, daß Danzig und Polen aufeinander angewiesen sind. Aber an diesen beimähe selbstverständlichen klingenden Satz ist dann von dem polnischen Staatspräsidenten der Nachsatz angefügt: „Danzig muß seine Politik den polnischen Interessen unterordnen.“ Nein, die Politik Danzigs wird in erster Linie von der Wahrnehmung der ureigenen Interessen der Freien Stadt bestimmt, und diese Politik hat als vornehmstes Ziel die Wohlfahrt seiner Bevölkerung und die Wahrung der Unabhängigkeit Danzigs. Wir wahren unsere Freiheit und Selbständigkeit nicht im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen, sondern für und zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen.

Es ist weiter nicht richtig die Behauptung, daß Danzig von der Arbeit Polens lebt. Wir sind keine Trobener im Leben der Völker. Danzig erwerbsfähige, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, sind ein fleißiges Volk, das mit ehelicher Arbeit, wenn heute auch unter schwerer Mühen und Lasten, sich seine Lebensfähigkeit verschaffen will. Wir müssen uns hängen lassen, daß man uns die lebenswichtigen Güter unterbinden will, und wir müssen nachdrücklich und mit

**Kunstaussstellung.**

Im neuen Dazig der Dollarenthusiasten und anderer faden-...  
Kunstaussstellung. Im neuen Dazig der Dollarenthusiasten und anderer faden-...  
Kunstaussstellung. Im neuen Dazig der Dollarenthusiasten und anderer faden-...

Die Ausstellung hat etwas Kokettisch-Razorenhaftes, ist ein Maler...  
Die Ausstellung hat etwas Kokettisch-Razorenhaftes, ist ein Maler...  
Die Ausstellung hat etwas Kokettisch-Razorenhaftes, ist ein Maler...

**Eine öffentliche Mieterversammlung.**

Wichtigste das gestern abend mit dem Polizeikommissar...  
Wichtigste das gestern abend mit dem Polizeikommissar...  
Wichtigste das gestern abend mit dem Polizeikommissar...

Die vorerwähnten Mieter und Mieterinnen erheben...  
Die vorerwähnten Mieter und Mieterinnen erheben...  
Die vorerwähnten Mieter und Mieterinnen erheben...

Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...

Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...

Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...

Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...

Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...  
Die Versammlung wurde dem Polizeikommissar...

lichen Gebühren erhoben nach Deutlich...  
lichen Gebühren erhoben nach Deutlich...  
lichen Gebühren erhoben nach Deutlich...

Fischfang mit dem Drehschiff. In d...  
Fischfang mit dem Drehschiff. In d...  
Fischfang mit dem Drehschiff. In d...

Maßnahmen in der Krankenheilung...  
Maßnahmen in der Krankenheilung...  
Maßnahmen in der Krankenheilung...

Arbeiterpartei und Sozialdemokratie...  
Arbeiterpartei und Sozialdemokratie...  
Arbeiterpartei und Sozialdemokratie...

Die Gemeinderäte...  
Die Gemeinderäte...  
Die Gemeinderäte...

**aggonfabrik Danzig**

Telephon Nr. 818  
liefert Eisenbahnwagen aller Arten  
:: für Staats- und Privatbahnen ::  
Spezialität: Kessel- und Kühlwagen  
Kleinbahnwagen

bedeuts Beschlagteile aller Arten, insbesondere Massenartikel

**Eisen- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.**

Telephon 1333 und 6337 Danzig-Langfuhr  
Eisen- und Eisenwaren-Großhandlung  
Pommersche Chaussee 6

**Milken Gourary, Lewin & Co.**

Danzig, Langgasse 69/70  
Telephon-Adress-Dagsholz

Import - Export

**INDUSTRIE**

**Dauertfahrplan**

Table with 2 columns: Time, Destination. Includes routes to Danzig, Gdansk, etc.

**owski**

**fuhr**

Danzig-Langfuhr  
Telephon 5494-5495  
b. Danzig  
auermühle

nach Danzig-Langfuhr

**ustriellen**

**G. m. b. H. & Co.**

Telephon 5495  
Danzig

Werkzeugen aller Art

**Carl Thümecke**

Danzig-Langfuhr  
Pommersche Chaussee 4  
Telephon 5534

**Druckerei-Maschinenfabrik**

Walzengießanstalt  
Graphisches Fachgeschäft

**Chemische Fabrik und Großdrogen-Handlung**

**Dr. Schuster u. Kaehler**

Danzig  
Chemische u. pharmazeutische Präparate eigener  
Herstellung, sämtliche Chemikalien, Alkaloide,  
Drogen und Vegetabilien.

**Kleine Anzeigen**

in der „Danziger Volkstimme“ haben  
**grossen Erfolg!**

**Maschinenfabrik Paul Pfeiffer**

Danzig, Altschottland 5/6

**Satt- u. Heißdampflokombilen**

in allen Größen  
Benzol- und Kohlenmotor - Motorlokomobilen  
Motorpflüge  
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Aktiengesellschaft für polnischen Holzexport**

Stawerka Klinger G. m. b. H.  
Danzig, Krebsmarkt 2/3  
Telephon Nr. 7056 und 7057

**Danziger Teerindustrie**

vormals Büscher & Hoffmann Akt.-Ges.  
Danzig  
Telephon 24

**Dachpappen- u. Asphalt-Fabrik**

Teer-Destillation  
Baumaterialien-Großhandlung

**Danziger Schiffsfahrtskontor**

Danzig Maritime Agency Co. Ltd.  
Kücherei, Befrachtungen u. Spedition. Lagerung Verzollungen  
Telephon-Adresse DANZIG  
Fuggenfeld Nr. 60  
Telephon 5880 u. 1347

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme am Grabe unseres Lieben Entschlafenen um den zahlreichen Kranzspenden sagen wir allen, insbesondere seinen lieben Kollegen, die ihm an der Gruft den letzten Liebesdienst erwiesen unseren tiefgefühltesten Dank.

Danzig, den 3. Mai 1923.

Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Emma Radde.**

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Verordnung über den Verkehr mit Milch.**  
Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 23. 9. 1915, 23. 3. 1916 und durch die Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (R.-G.-Bl. 1914 S. 239, 516; 1915 S. 603; 1916 S. 183; 1918 S. 395) sowie in Ergänzung bezw. Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter vom 1. Mai 1923 mit Kraft vom 2. Mai 1923 wird hiermit folgendes verordnet:

Die Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter vom 2. 10. Februar 1923 wird mit Wirkung vom 2. Mai 1923 aufgehoben.

Der Höchstpreis für Milch beträgt bei Abholung der Milch durch den Großhandel aus Orten die 10 km und weniger von Danzig entfernt sind, nicht wie in der Verordnung vom 1. Mai 1923 angegeben 510.— Mk., sondern 550.— Mk. für das Liter.

Danzig, den 3. Mai 1923. (9568)

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

**Deutsche Bezugskontingente.**

Mitteilungen über Höhe der den Antragstellern zugeteilten deutschen Bezugskontingente für Textilien, Schuhe, Lederwaren, Musikinstrumente, Salz und Zigarren können bei der Kasse der Handelskammer in Empfang genommen werden.

Danzig, den 3. Mai 1923. (9564)

**Die Handelskammer.**

1 grauer Damenmantel, Herrenhut, Paletot, 1 P. Schw. Halbschuhe (37), Kinderkleider, Klappstühle zu verkaufen. (9567)

Rähm 19a, 2 Tr rechts. Frauengasse 22, 4 Tr.

**Stadttheater Danzig**  
Direktion: Rudolf Schaper.  
Heute, Freitag, den 4. Mai, abends 8 Uhr  
Dauerkarten D 2. **Neu einstudiert**

**Brand**  
Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten (10 B.) von Henrik Ibsen. Deutsch von Christian Morgenstern. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Inspektion: Emil Werner.  
Ende nach 10 1/2 Uhr.  
Sonntabend, den 5. Mai, abends 7 Uhr: Karten E 2. „Baccaro“. Operette.

Einzelnummer 200 Mk.

# Vollstimmme

**Wilhelm-Theater**  
Abend, den 5. Mai 1923

Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Das Programm der großen Varieté-Attraktionen**  
Ein Schlager nach dem anderen.

**Hans-Graf-Trio**  
vom Wintergarten Berlin

**Hanc Wiley**  
Meisterjongleur vom Skatatheater Berlin

**Vier Eifen**  
ein reizendes Ballet v. Manxpalast Königsplatz

**Zwei Planks**  
phänomen. Rollschuhläufer v. Liebich Breslau

**Apellos Hundetheater**  
vom Skatatheater Berlin

**Gastspiel Balletmeister H. Jans Jackobs u. Solotänzerin Le Cas**  
vom Metropoltheater Berlin in ihren Tanz-Schöpfungen

**Vier Geinern**  
Akrobaten auf rollenden Kugeln vom Admiralspalast Berlin

**Eugen Milardo**  
Tanz- und Gesangs-Meisterhumorist vom Metropolvarieté Berlin

**Billet-Vorverkauf** bei Gehr. Frey, 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

**im Kabarett Libel**  
das neue Kolossalprogramm und die beste aller Stimmungskapellen  
**Gottmüller**

**Bevölkerung der Freien Stadt Danzig**  
14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: für Schriftleitung 720, für Einzelgen. Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

**Idlungen.**

Die Quellen gesichert werden, da die Reparationszahlungen und Belgien gemacht werden.

Sitzung des Völkerbundes müsse an alle Einzelheiten der britischen Regierung zu binden, der Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung und den alliierten Regierungen und eine Konferenz zwischen den Parteien zu fördern.

Die britische Regierung müsse sich der Ansicht, daß jetzt die Zeit der Zurückziehung der Besatzungstruppen ist, und daß, wenn sie nicht von dem Völkerbund zurückgezogen wird, die britische Regierung ein Misstrauensvotum gegen sich abgelehnt.

Die Sitzung wurde gestern der von den Ministern des Innern in Danzig eingereichte Misstrauensantrag in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 79 Stimmen bei

einer Stimmenthaltung abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es gelegentlich einer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der kommunistische Abgeordnete Kay schwere Schimpfworte gegen die Sozialdemokraten gebrauchte, zu einem großen Tumult. Die Sozialdemokraten riefen Kay von der Rednertribüne. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Abgeordnete Kay auf 14 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen sei. Kay verließ jedoch im Saal, so daß die Sitzung abermals abgebrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Präsident mit, daß der Ausschussrat mit drei Viertel Mehrheit die Ausschließung des Abgeordneten Kay für 15 Sitzungstage beschloß, und schlug darauf Vertagung des Hauses auf Sonnabend 12 Uhr vor, womit der Landtag sich einverstanden erklärte.

**Um den Schutz der Versammlungsfreiheit.**

Der Reichstag beendete gestern die zweite Lesung des von den Mehrheitsparteien eingebrachten Gesetzesentwurfs betreffend die Befreiung der Sprengungsversammlungen. Die Sozialdemokraten hatten die Abstimmung darüber in den letzten Sitzungen durch Obstruktion wiederholt vereitelt. Auf Grund von inzwischen gepflogenen Verhandlungen der Parteien wurde gestern ein mildernder sozialistischer Antrag angenommen, der die Strafbarkeit des Versuchs streicht. Weiter soll dann auch die Bestimmung fallen, die die im Zusammenhang mit der Beteiligung an einer Versammlung begangenen Gewalttätigkeiten unter verschärfte Strafe stellt.

**Odeontheater**

Ab heute nachm. 4 Uhr  
**Die große Singspielwoche!**  
Auf Anregung unseres geehrten Publikums  
**Auf Wunsch Tausender!**  
Die volkstümliche Filmoperette

**In einem kühlen Grunde**  
Filmsingspiel in 1 Vorspiel und 5 Akten mit Volksliedern, Tänzen u. Gesängen von Lehár, Strauß, Zeller, Hildach, Gounod, Brahms.  
In den Hauptrollen:  
**Melitta Klefer — Felix Hecht**  
Beginn der Anfangszeiten 4, 6<sup>10</sup>, 8<sup>20</sup>.  
Der Vorverkauf findet täglich von 3 Uhr nachm. an der Odeonkasse statt.  
Textbücher sind daselbst zu haben.

Ferner:  
**Fatty**  
der beste amerikanische Film-Komiker in dem Lustspiel  
**Fatty als Steuerkontrolleur**  
Groteske in 2 Akten.  
Wir bitten möglichst die oben erwähnten Anfangszeiten inne zu halten, da nur geschlossene Vorstellungen stattfinden. (9566)

**Edentheater**

Das bestgewählte Weltstadtprogramm  
Zwei Großfilme allerersten Ranges  
Der neue Paramount-Monumentalfilm

**„Die Irrwege einer Elfenbeinstraße“**  
Sittenschauspiel in 6 Akten.  
In den Hauptrollen:  
Amerikas bedeutendste Darsteller  
**Bebe Danleis — Fritz Gort**  
Ein Filmwerk, welches durch die lebensvolle Handlung allgemeinen Beifall findet.

Ferner: Der große Ermolielt-Film  
**„Die schwarze Band“**  
Ein Schmuggler-Abenteuer-Drama in 5 sensationellen Akten.  
Hauptdarsteller:  
**Herr Mosjunker — Frau Lissner**  
Ein Abenteuerfilm voll Spannung und dessen eigenartige Handlung sich von Akt zu Akt steigert.

Des zu erwartenden Andranges wegen wird wir möglichst um den Besuch der Nachmittags-Vorstellungen.

**Danzig-polnischen Beziehungen.**

Die polnischen Staatsmänner. Die polnischen Staatsmänner haben in unserer Verfassung aufgestellten Grundgesetz stets vertreten und, wie ich mit Genugtuung feststellen kann, ist mit Unterstützung des Völkerbundes auch erreicht worden, daß nach außen hin unabweisbar die Anerkennung der Selbständigkeit Danzigs ausgesprochen ist. Ich weise hin auf die im Januar erfolgte Regelung der Teilnahme Danzigs an internationalen Kongressen. Ich stelle ferner mit besonderer Genugtuung die Tatsache fest, daß hinsichtlich der vielumstrittenen Frage der Handelsverträge die Regierung der Republik Polen durch einen aus Warschau entsandten Vertreter des polnischen Handelsministeriums nunmehr Erklärungen abgegeben hat, welche Danzig die unmittelbaren Rechte und Pflichten aus den Verträgen als Vertragspartei sicherstellen sollen. In dieser Frage hat also der Senat nicht, wie wenig geschmackvoll der Vertreter der polnischen Fraktion dieses Hauses sich ausgedrückt hat, sich wie ein unartiges Kind in die Ecke gestellt, sondern hat konsequent und zähe an einem Grundgesetz festgehalten, dessen Berechtigung sich schließlich auch die polnische Regierung nicht hat verschließen können.

Wenn der polnische Staatspräsident in seiner Rede weiter ausführt: „Danzig denkt heute nicht daran, daß es von Polen lebt und seine Politik den polnischen Interessen unterordnen muß“, so muß ich demgegenüber auf folgendes hinweisen: Danzig hat nach meiner Überzeugung oft genug und laut betont, daß sein Wirtschaftsleben aufs engste mit dem Polens verbunden ist, und daß insofern mit gewisser Einschränkung der Satz nicht unberechtigt ist, daß Danzig von Polen lebt. Aber dieses durch den Vertrag von Versailles geschaffene Verhältnis ist doch nicht einseitig, sondern beruht auf einer gewissen Wechselwirkung. Danzig ist nicht allein der nehmende Teil, Danzig ist als Seehandelsstadt für Polen doch auch durch den Vertrag von Versailles eine gehende Stellung eingeräumt. Wie oft ist nicht auch von polnischer Seite der heute fast als Gemeinplatz klingende Satz ausgesprochen worden: „Danzig und Polen sind aufeinander angewiesen.“ Es würde daher richtiger sein, statt des Satzes: Danzig lebt von Polen, zu sagen, daß Danzig und Polen aufeinander angewiesen sind. Aber an diesen betriebsmäßig selbstverständlich klingenden Satz ist dann von dem polnischen Staatspräsidenten der Nachsatz angefügt: „Danzig muß seine Politik den polnischen Interessen unterordnen.“ Nein, die Politik Danzigs wird in erster Linie von der Wahrnehmung der ureigenen Interessen der Freien Stadt bestimmt, und diese Politik hat als vornehmstes Ziel die Wohlfahrt seiner Bevölkerung und die Wahrung der Unabhängigkeit Danzigs. Wir wahren unsere Freiheit und Selbständigkeit nicht im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen, sondern für und zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen.

Es ist weiter nicht richtig die Behauptung, daß Danzig von der Arbeit Polens lebt. Wir sind keine Drohnen im Leben der Völker. Danzigs Erwerbstätige, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, sind ein fleißiges Volk, das mit ehrliebigster Arbeit, wenn heute auch unter ähmeren Müssen und Lasten, sich seine Existenzmöglichkeit verschaffen will. Wir müssen uns dagegen wenden, daß man uns die lebenswichtigen Güter unterbinden will, und wir müssen nachdrücklich und mit

Freistaat bildet. Der Senat wie der Volkstag haben und werden diesen in unserer Verfassung aufgestellten Grundgesetz stets vertreten und, wie ich mit Genugtuung feststellen kann, ist mit Unterstützung des Völkerbundes auch erreicht worden, daß nach außen hin unabweisbar die Anerkennung der Selbständigkeit Danzigs ausgesprochen ist. Ich weise hin auf die im Januar erfolgte Regelung der Teilnahme Danzigs an internationalen Kongressen. Ich stelle ferner mit besonderer Genugtuung die Tatsache fest, daß hinsichtlich der vielumstrittenen Frage der Handelsverträge die Regierung der Republik Polen durch einen aus Warschau entsandten Vertreter des polnischen Handelsministeriums nunmehr Erklärungen abgegeben hat, welche Danzig die unmittelbaren Rechte und Pflichten aus den Verträgen als Vertragspartei sicherstellen sollen. In dieser Frage hat also der Senat nicht, wie wenig geschmackvoll der Vertreter der polnischen Fraktion dieses Hauses sich ausgedrückt hat, sich wie ein unartiges Kind in die Ecke gestellt, sondern hat konsequent und zähe an einem Grundgesetz festgehalten, dessen Berechtigung sich schließlich auch die polnische Regierung nicht hat verschließen können.

Wenn der polnische Staatspräsident in seiner Rede weiter ausführt: „Danzig denkt heute nicht daran, daß es von Polen lebt und seine Politik den polnischen Interessen unterordnen muß“, so muß ich demgegenüber auf folgendes hinweisen: Danzig hat nach meiner Überzeugung oft genug und laut betont, daß sein Wirtschaftsleben aufs engste mit dem Polens verbunden ist, und daß insofern mit gewisser Einschränkung der Satz nicht unberechtigt ist, daß Danzig von Polen lebt. Aber dieses durch den Vertrag von Versailles geschaffene Verhältnis ist doch nicht einseitig, sondern beruht auf einer gewissen Wechselwirkung. Danzig ist nicht allein der nehmende Teil, Danzig ist als Seehandelsstadt für Polen doch auch durch den Vertrag von Versailles eine gehende Stellung eingeräumt. Wie oft ist nicht auch von polnischer Seite der heute fast als Gemeinplatz klingende Satz ausgesprochen worden: „Danzig und Polen sind aufeinander angewiesen.“ Es würde daher richtiger sein, statt des Satzes: Danzig lebt von Polen, zu sagen, daß Danzig und Polen aufeinander angewiesen sind. Aber an diesen betriebsmäßig selbstverständlich klingenden Satz ist dann von dem polnischen Staatspräsidenten der Nachsatz angefügt: „Danzig muß seine Politik den polnischen Interessen unterordnen.“ Nein, die Politik Danzigs wird in erster Linie von der Wahrnehmung der ureigenen Interessen der Freien Stadt bestimmt, und diese Politik hat als vornehmstes Ziel die Wohlfahrt seiner Bevölkerung und die Wahrung der Unabhängigkeit Danzigs. Wir wahren unsere Freiheit und Selbständigkeit nicht im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen, sondern für und zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen.

**Die Wiedergeburt**  
meines Hauptgeschäftes Ko  
Sonnabend  
**W. Machwitz • Es**

**Kunstausstellung.**

Im neuen Dazig der Dollarenthusiasten und anderer faden- schelmiger Existenzen hat Paul Geper den Mut gefunden, in seinem Hause, Jopengasse, einen Kunstsalon zu eröffnen. Es ist dies die erste erfreuliche Tat in einer Stadt, deren ganze Energie sich neuerdings in der unermüdbaren Gründung von Wechselstuben und sogenannten Bankinstituten zweifelhaften Charakters zu erschöpfen scheint. Dazig ist nie eine Kunststadt gewesen, trotz eifriger Bemühungen seiner Künstler, deren Werke kaum im Reich und im Ausland die rechte Resonanz gefunden haben. Es fehlt das Publikum; — ein kleiner für Kunst interessierter Kreis macht eine lobenswerte Ausnahme.

Herr Geper eröffnete seinen Kunstsalon mit einer Ausstellung von Werken Fritz K. Phubles.

Phuble hat etwas Kokettisch-Nazarenhaftes, ist ein Maler ohne wahre Farbenfreudigkeit, ein Zeichner mit dem Willen zum Malerischen. Er hat sich gewandt, die strenge Linie ist angegeben, der Kontur fehlt, aber die letzte Kultur der Farbe ist nicht vorhanden, wenn auch die Technik manchmal als ästhetisch geleistet erscheint. Seine Farben sind zurückhaltend, manchmal stumpf. Er vermeidet leuchtende Farben, vielleicht weil diese schwerer zu harmonisieren sind, vielleicht auch, weil sie seiner nervösen und doch dickflüssigen Natur nicht entsprechen. Eine gewisse Schamhaft nach monumentaler Wirkung lebt in seinen Bildern, die großflächig angelegt sind, ohne ver- zettelnde Details. Besonders stark abstrahiert er von der Natur in seinen Landschaften, die Skizzen sind frischer, lebhafter, unangekündet von des Gedankens Blässe. Das Beste bleiben die Porträts. Hier zeigt sich am einwandresten die Herkunft Phubles von der Linie, trotzdem der Umriß ver- mieden ist und der Versuch gewagt, die Person mit dem Hinter- grund zu verschmelzen. Der streng geschlossene Aufbau der Figur bewirkt immer Empfinden. Die Personen sind an- face gegeben in ruhiger, durchaus neutraler Stellung vor einem einfarbigen Hintergrunde, der allerdings eine lang durch- dachte Nuancierung der Farbe aufweist. Wird dieser Aufbau verlassen, verliert das Bild jeden Halt, wie das verunglückte Porträt einer Dame in Blau. In einigen Bildern ist die Be- handlung des Gesichts wundervoll weich und malerisch. Frauen von vornehmer Zurückhaltung und etwas unerschütterlicher Blöde- heit. Samt mit seiner schweren und doch launenhaften Faltung gelingen Phuble am besten, der Seide fehlt das Trio und die Männer benehmen sich etwas gezwungen und professoral.

Phuble ist eine der stärksten künstlerischen Kräfte in Dazig und es ist dankenswert, daß Herr Geper die im Privatbesitz verbliebenen Werke einem größeren Publikum zugänglich ge- macht hat. Jellig Scherret.

**Eine öffentliche Mieterversammlung.**

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt. Der Vorsitzende Herr ...

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Den 1. Juli 1914 wurde die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 ...

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

lichen Gebühren erhoben nach De Memelgebiet: für Postkarten (au Marl, für Briefe bis 20 Gramm Auskunft erteilen die Postanstalt Fischfang mit dem Drehnetz. Die Brücke liegt ein Boot mit einer Brett schrägen langen Mast überlagert wird. blickt, wird kaum seinen Zweck errater niemand darauf blicken. Doch bricht e sich auf dem Fahrzeuge ein paar Mär vom Rade des kurzen Mastbaums he ein geschmeidiges langes Stangenkreuz b Netz trägt. Durch eine kurbelartige Dr Holzkreuz mit dem ausgepannten Net Die des Nachts am Boden nach Nahr geraten in mehr oder weniger groß Wird nun das Netz von den Enden d gehoben, so bildet sich eine halbkugelige Fläche gefangen sind. Während der N netz wiederholt in das Wasser gefenkt zogen. Das Ergebnis ist verschieden. R Fische klein, doch auch größere werden s sucht sich natürlich zum Fange Stecken a züge stattfinden.

Handschreibungen in der Trantenk... Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Table with 4 columns: 'erkehr', 'of und zurück', and two unlabeled columns. It lists various numbers and possibly names.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

Die öffentliche Mieter- und Vermieter- Versammlung am 1. Juli 1914 wurde mit dem Beschlusse der Aufhebung sämtlicher Miet- und Pachtverträge und Forderung der Abgabe der Grundsteuer auf das Maß der Miet- und Pachtmiete abgelehnt.

**Co.**  
Fette, Kolonialwaren, Holzexport  
Langgasse 42 Telephone 1504, 2098, 6534

**Danziger Glashütte**  
Aktien-Gesellschaft  
Telephon Nr. 277 - Danzig-Schellmühl - Telephon Nr. 277  
Fabrikation von Flaschen aller Art

**Is-Gesellschaft**  
Gasse 74  
06 - 6209  
Material

**Grosshandel**  
mit Dauerfahrplan  
Ohne Gewähr!

**erkehr**  
of und zurück

**G. m. b. H.**  
Telegr.-Adr.: Lenschat  
achtungsagenten, Spediteure

**eaud**  
STETTIN  
na Export

**delmaatschappij Menten & Stark** G. m. b. H.  
Summehaus N. V. Handelsmaatschappij Menten & Stark, Amsterdam  
Danzig, Gr. Wohlberggasse 11 Telegr.-Adr.: Mentena  
e :: Fette :: Kolonialwaren :: Südfrüchte

**ine \* Danzig**  
Kartoffelflocken, Schnitzel u. Mehl  
Berlin, Wichmannstraße 23  
Telefon: Amt Neulendorf 5100 h. 5104

**varen-Fabrik**  
... Flaggen-Hölzer

**Nebel-Centrale**  
Aktien-Gesellschaft  
General-Vertreterin von ca. 40 holländischen Groß-Industrien  
Getreide Saaten :: Kolonialwaren

**Agrar-Handels-Gesellschaft**  
m. b. H.  
Danzig, Lastadie 35b  
Telefon 6661, 5487 u. 1639  
Telegr.-Adr.: Agrarhandel

**„DANCO“**  
Danziger Confectionsfabrik G. m. b. H. & Co.  
Kommandit-Gesellschaft  
Damenmäntel - Kostüme  
Danzig, Heptengasse Nr. 74

**Buchhandlung u. Verlag**  
Volkswacht J. Gehl & Co.  
Sozialistische u. Gewerkschafts- Literatur. Bücher für Belehrung und Unterhaltung.

**Am Spendhaus 6 : Paradiesgasse 32**